UNION KURIER

Mitgliederzeitung der CDU Erfurt

Ausgabe Nr. 17 • Q3 2020

Haushaltsdebatte - Seite 06

Stadtstrand - Seite 09

Buchbesprechung - Seite 11

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Erfurt,

seit meiner Wahl als Ihr neuer Kreisvorsitzender haben sich die Dinge überschlagen. Erst die wenig geglückte Ministerpräsidentenwahl und dann gleich anschließend die Corana-Pandemie. Ich hoffe, dass es mir nach der Sommerpause endlich möglich ist, Sie alle in den Ortsverbänden weiter kennenlernen zu können und wir uns auch persönlich politisch austauschen können, um gemeinsam unsere Erfurter CDU weiter voran zu bringen. Heute erhalten Sie unsere aktuelle Neuauflage des Union-Kuriers der CDU Erfurt. Auf dem Kreisparteitag Anfang des Jahres haben wir als neugewählter Kreisvorstand gerne Ihre Anregung aufgenommen, wieder eine Mitgliederzeitung ins Leben zu rufen. Wir hoffen, Sie hiermit wieder etwas ausführlicher über die aktuellen Themen der CDU Erfurt zu informieren. Viermal im Jahr wird der Union-Kurier erscheinen und über die politische Arbeit aus Bund und Land, aus der EU und aus unserer Stadt Erfurt informieren. Dazu gehören auch Berichte aus den Ortsverbänden und den Vereinigungen. Wichtig ist uns aber besonders der Austausch mit Ihnen, unseren Mitgliedern. Deshalb werden wir in jeder Ausgabe auch ein Schwerpunktthema zur Diskussion stellen. In dieser Ausgabe haben wir uns für die problematische Erfurter Haushaltssituation entschieden. Hier liegen schwierige Aufgaben vor uns, die wir nur gemeinsam meistern können. An dieser Stelle möchte ich Sie bereits heute zu unseren nächsten Kreisparteitag am 05. September 2020 herzlich einladen, der sich mit der Vorbereitung des Landesparteitages der CDU-Thüringen befassen wird. Wir wollen den Landesparteitag am 19. September 2020 für den Kreisverband Erfurt nutzen, um dort unsere programmatischen und personellen Wünsche einzubringen. Leider musste der eigentlich für März geplante Kreisparteitag zu diesen Themen pandemiebedingt ausfallen. Schreiben Sie uns Ihre Meinung und Ihre Anregungen unter kurier@cdu-erfurt.de. Auch, was Sie bewegt oder welche Themen wir in Zukunft behandeln sollen. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge. Für die bevorstehende Urlaubs- oder Ferienzeit, ob Daheim oder in Nah- und Fern wünschen wir Ihnen, Ihren Familien und Angehörigen alles Gute, schöne Erholung und eine gesunde Heimkehr.

Herzliche Grüße

Dr. Wolfgang Weisskopf
Kreisvorsitzender der
CDU Erfurt

BRIEF AUS BERLIN
Antje Tillmann MdB

Herzliche Grüße,
Ihre/Eure

Antje Tillmann MdB

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Erfurt,

die Corona-Pandemie wird in Deutschland zu einem negativen Wirtschaftswachstum von voraussichtlich rund 6,5% führen. Das hat es in Deutschland so noch nie gegeben.

Nach den akuten gesundheitlichen Maßnahmen ist es deshalb nötig, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und Familien zu unterstützen.

Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Investitionen in den Kommunen nicht zum Erliegen kommen.

Zur Umsetzung des Konjunkturpakets haben wir einen Nachtragshaushalt beschlossen mit einem Gesamtkreditvolumen von 218,5 Mrd. €. Auch dies ist eine einmalige Zahl. Wir haben hierfür zeitgleich einen Tilgungsplan für die nächsten 20 Jahre beschlossen.

Folgendes haben wir auf den Weg gebracht:

Für die Wirtschaft

- die befristete **Absenkung der Umsatzsteuer**: 20 Mrd. Euro kommen so als Kaufkraft in den Wirtschaftskreislauf.
- zusätzlich zu den bisherigen Programmen werden für **kleine und mittelständische Unternehmen** 25 Mrd. Euro bereitgestellt.
- Erleichterung bei der **Verlustberücksichtigung:** Unternehmen können damit ihre in 2019 erzielten Gewinne steuerlich mit Verlusten aus 2020 und 2021 direkt verrechnen und damit die Steuer 2019 zurück erstattet bekommen.
- für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in den Jahren 2020 und 2021 angeschafft und hergestellt werden, die Inanspruchnahme einer **degressiven Abschreibung** in Höhe von bis zu 25 Prozent.
- zur Stabilisierung der Krankenversicherungsbeiträge werden dem **Gesundheitsfonds** und der Pflegeversicherung insgesamt 5,3 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt zusätzlich zugewiesen.

Für Familien und Bildung

- das **Kindergeld** wird um einen Einmalbetrag von 300 Euro erhöht. Die Erhöhung erfolgt in zwei Schritten um 200 Euro im September und 100 Euro im Oktober. Ein Anspruch auf den Kinderbonus 2020 besteht für jedes Kind, für das im Kalenderjahr 2020 für mindestens einen Monat ein Anspruch auf Kindergeld besteht.
- den **Digitalpakt Schule** haben wir um 1 Mrd. Euro aufgestockt.
- zusätzlich 1,5 Mrd. Euro für den Ausbau von Ganztagsschulen und **Ganztagsbetreuung** und 500 Mio. Euro für den Bereich Kita-Ausbau.

BRIEF AUS BERLIN
Antje Tillmann MdB

- ein **Sofortprogramm** in Höhe von 500 Mio. Euro zur Bereitstellung von digitalen Endgeräten für benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Thüringen wird rund 13 Mio. Euro erhalten (Erfurt rund 1,3 Mio. Euro). Die Geräte selbst sollen von den Schulen und Schulträgern an die entsprechenden Schülerinnen und Schüler ausgeliehen werden.

- **Online-Anträge** sollen Eltern entlasten. In Zukunft sollen Eltern staatliche Leistungen wie die Geburtsurkunde, das Elterngeld, das Kindergeld und später auch den Kinderzuschlag für ihr Kind einfach online beantragen können. So sieht es das „Digitale-Familienleistungen-Gesetz" ab 2022 vor.

Für Kommunen

- haben wir gemeinsam mit den Ministerpräsidenten beschlossen, dass die Ausfälle bei der Gewerbesteuer jeweils hälftig vom Bund und den Ländern vollständig ausgeglichen werden. Der Bund wird hierfür über 6 Mrd. Euro bereitstellen. Die Ausfälle für Erfurt liegen bei rund 25 Mio. Euro. Außerdem haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass den Kommunen auch die Ausfälle aus der Umsatzsteuersenkung in Höhe von rund 260 Mio. Euro und die Mehrkosten des Kinderbonus in Höhe von 2,5 Mrd. Euro unmittelbar ausgeglichen werden.

- die Finanzkraft der Länder und Kommunen wird u.a. durch die Unterstützung bei der Finanzierung des **Öffentlichen Personennahverkehrs** (2,5 Mrd. Euro) gestärkt.

Kaufmannskirche

Zur Sanierung der Kaufmannskirche hat der Bund 95.000 Euro aus Mitteln des Denkmalschutz-Sonderprogramms bereitgestellt. Bereits 2016 und 2018 hat die Kirche Geld aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm erhalten. Die aktuellen Mittel dienen der Restaurierung der von Feuchteschäden betroffenen Grabplatten, Maßwerkfenstern und der Raumfassung im Kirchenraum. Gemeinsam mit der Kaufmänner Gesellschaft habe ich mich im Juni vom Bauvorschritt auf der Baustelle überzeugt.

NEUES AUS EUROPA
Marion Walsmann MdEP

Liebe Mitglieder
und Freunde der CDU Erfurt,

seit ziemlich genau einem Jahr vertrete ich nun den Freistaat Thüringen im Europäischen Parlament. Die Zeit seit der Wahl war eine der spannendsten, die ich je erleben durfte. Schon allein die Vielfalt der Sprachen und die unterschiedlichen Kulturen in Brüssel sind einfach toll und waren eine ganz neue Erfahrung für mich.

Ich engagiere mich in zwei Ausschüssen: im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Der Rechtsausschuss hat mich zu seiner Vizepräsidentin gewählt. Als stellvertretende Leiterin der fraktionsübergreifenden Nordmazedonien-Delegation bin ich zudem eng in die Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik eingebunden.

Bild: EP/Melanie Wenger

Außerdem wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe gewählt. Darauf bin ich wirklich stolz. Als einzige Thüringerin im Parlament und gleich mehrere wichtige Ämter – das gibt unserem Freistaat eine starke Stimme!

Herzliche Grüße,
Ihre/Eure

Marion Walsmann MdEP

Schwerpunkte in der Krise

Das große Thema bei uns ist derzeit der neue siebenjährige Haushalt, den wir bis Ende des Jahres festklopfen müssen. Die Verhandlungen dazu laufen schon seit zwei Jahren. Sie sind schwierig genug. Die Corona-Krise hat dem Dilemma jetzt noch das i-Tüpfelchen aufgesetzt. Uns ist klar, dass ein „normaler" Haushalt nicht ausreicht, um die gebeutelte Wirtschaft wieder anzuschieben, Arbeitsplätze zu sichern und – ja, auch das gehört leider dazu – die schon vor der Corona-Krise hochverschuldeten Länder wie Italien und Spanien vor der Staatspleite zu bewahren. Aber wie lösen wir das Problem?

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, auf den üblichen Siebenjahreshaushalt von 1,1 Billionen Euro einen Wiederaufbaufonds draufzusatteln. Dieser soll 750 Milliarden Euro betragen und auf Pump finanziert werden. Es wäre das erste Mal in der Geschichte, dass die EU Schulden aufnimmt. Die Darlehen, für die die Mitgliedstaaten gemäß dem üblichen EU-Haushaltsschlüssel garantieren, sollen ab 2028 über einen Zeitraum von 30 Jahren aus dem EU-Haushalt abgestottert werden. Für die Rückzahlung der Schulden will die EU-Kommission neue Einnahmequellen erschließen.

NEUES AUS EUROPA
Marion Walsmann MdEP

Sie peilt zum Beispiel eine Finanztransaktions-, eine Digital- und eine Plastiksteuer sowie eine CO2-Grenzsteuer an. Die Idee mit den neuen Einnahmequellen ist natürlich super, sie hat nur einen Haken: Schon seit Jahren debattiert das EU-Parlament mit den Mitgliedstaaten über neue Eigenmittel, bisher ohne Erfolg. Ob sich die Mitgliedstaaten jetzt angesichts der Corona-Krise in dieser Sache auf das EU-Parlament zubewegen werden, dahinter mache ich ein großes Fragezeichen. Auch bei der Bundesregierung bin ich gespannt, wie sie sich positionieren wird, wenn es ums „Eingemachte" geht. Denn die Finanztransaktionssteuer zum Beispiel hat Olaf Scholz bereits für die Grundrente verplant.

Der Rückgriff auf noch nicht vorhandene Eigenmittel bereitet mir große Bauchschmerzen. Sollte der Plan nämlich schiefgehen, muss Deutschland als größter Nettozahler der EU für das Gros der Anleihen geradestehen. Auch wenn uns das Corona-Wasser bis zum Halse steht, muss der Wiederaufbaufonds deshalb wohlbedacht sein. Positiv bewerte ich, dass das EU-Parlament durch die Eingliederung des Wiederaufbaufonds in den EU-Haushalt ein Mitspracherecht bei der Verteilung der Gelder erhält. So können wir sicherstellen, dass mit den Mitteln nicht die Löcher in den Staatshaushalten gestopft werden, sondern dass das Geld dort ankommt, wo es Wachstum und Arbeitsplätze erzeugt.

Beim Verteilerschlüssel des Wiederaufbaufonds (500 Milliarden Euro Zuschüsse, 250 Milliarden Kredite) sehe ich zudem noch Diskussionsbedarf. Mir wäre es lieber, wir würden den Schlüssel umkehren, also 250 Milliarden als Zuschüsse vergeben und 500 Milliarden als zinslose Darlehen. Außerdem finde ich, dass wir mit der Rückzahlung der geplanten Darlehen viel früher anfangen sollten, damit nicht die Hauptlast der Schulden auf den Schultern der nächsten Generation hängenbleibt.

Marion Walsmann ist Schirmherrin des EP für den World Cleanup Day in Deutschland am 19.09.2020, der in Erfurt von mehreren CDU-Ortsverbänden unterstützt wird.

Kontakt:
Europabüro Thüringen
Marion Walsmann MdEP
Bahnhofstraße 8, 99084 Erfurt
Tel. 0361/6663411
Mail: info@walsmann.de
www.marion-walsmann.de
Newsletter: https://seu2.cleverreach.com/f/230737-225050

SCHLAGSEITE

Die Probleme sind hausgemacht

Der städtische Haushalt steht auf der Kippe

Kommunale Haushalte können es in sich haben – vielerorts, auch in Thüringen, stehen Städte und Kommunen vor Finanzierungsproblemen. Dabei kommen den Kommunen große Aufgaben der Daseinsvorsorge zu: Kindergärten, Schulbau, Grünanlagen, ÖPNV, Wasser- und Energieversorgung – um nur einige Beispiele zu nennen. Darüber hinaus müssen Straßen und Gebäude saniert oder neu gebaut werden, um langfristig auf der Höhe der Zeit zu sein. Wenn die Kommune in finanzielle Schieflage gerät, spüren das die Bürgerinnen und Bürger in kurzer Zeit.

Generell ist der städtische Haushalt zweigeteilt. Der große Teil ist der sogenannte Verwaltungshaushalt. Dort wird das Geld für die Erfüllung der Kernaufgaben bereitgestellt. In den vergangenen Jahren lag das Volumen um 700 Millionen Euro. Der Zweite Teil wird im Vermögenshaushalt ausgewiesen. Darunter fallen alle Dinge, die das städtische Vermögen vergrößern oder mindern. Vor allem also Bau- und Sanierungsprojekte, von welchen die Stadt allein im Rahmen der BUGA2021 mehr als üblich auf dem Tisch hat. Die laufenden Einnahmen durch Steuern, Abgaben und Zuweisungen des Landes decken in der Regel die Ausgaben des Verwaltungshaushalts. Investitionen über das „laufende Geschäft" hinaus, müssen oft fremdfinanziert werden. Die Stadt macht Schulden. Erst einmal nicht ungewöhnlich. Doch die geplante Anhebung der städtischen Schulden bewegt sich außerhalb des gewöhnlichen Rahmens. Der Schuldenstand von ca. 100 Millionen Euro soll in den nächsten Jahren verdreifacht werden. Das ist dem Landesverwaltungsamt, welches die kommunalen Haushaltspläne genehmigen muss, zu viel. Dazu kommt, dass die Steuerschätzung für 2020 nun deutlich geringer ausfällt als in der Vergangenheit erwartet. Das erwartete Steueraufkommen verringert sich um 32 Millionen Euro. Ob sich der Trend in den Folgejahren noch einmal umkehren wird, darf bezweifelt werden. Die Coronakrise könnte eine längerfristige Rezession nach sich ziehen. Es hallen also gleich mehrere Paukenschläge für den städtischen Haushalt – nun müssen Lösungen her.

Zahlen:

Verwaltungshaushalt 2020:	704.051.984 EUR
Vermögenshaushalt 2020:	185.428.875 EUR
Kreditaufnahmen:	47.500.000 EUR

Ihre Meinung ist gefragt

Sagen Sie Ihre Meinung zum Thema:
kurier@cdu-erfurt.de
Datenschutz: https://www.cdu-erfurt.de/datenschutz

Mit Sachverstand zum Ziel

Der Fingerzeig auf Oberbürgermeister und Finanzdezernent liegt nahe, er ist auch notwendig. In vielen Einnahmestarken Jahren wurde die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage von ca. 13,5 Millionen Euro nicht eingehalten. Das wurde zwar aufgrund der niedrigen Zinsentwicklung vom Landesverwaltungsamt stets gebilligt, dennoch gilt: Mit höheren Rücklagen wäre die Lösungsfindung für die jetzige Haushaltskrise erheblich einfacher. Ebenso wurden große Investitionen lange verschleppt. Die Stadt könnte schon viel weiter sein in Sachen Schulsanierung und Straßenbau. Wenn die Steuereinnahmen sprudeln, ist entspanntes Zurücklehnen fehl am Platz. Man muss handeln. Für die CDU eine klare Sache.

Gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamt, der den Schuldenstand der Stadt faktisch limitiert, Rechtsmittel einzulegen, wäre möglich, ändert jedoch nichts am Grundproblem.

Es würde die nötigen Konsequenzen im besten Fall nur weiter in die Zukunft verlagern. Vielmehr müssen sowohl die Verwaltung als auch die Fraktionen im Stadtrat ein Bewusstsein für das Problem entwickeln, den Ernst der Lage erkennen – und handeln. Im zweiten Schritt werden wir den Gürtel enger schnallen müssen. Das muss nicht zwangsläufig zum definitiven Aus für alle Investitionen führen, jedoch müssen klare Prioritäten gesetzt werden.

Der Vorschlag, große Projekte Bauabschnittsweise zu finanzieren ist möglich. Es kann aber auch ewig währende Baustellen nach sich ziehen, wenn stets um den nächsten Finanzierungsschub gerungen werden muss. Das Land um größere Unterstützung zu bitten ist ebenso möglich wie richtig. Langfristig muss man sich aber aus der Grube, die man sich selbst geschaufelt hat, auch selbst wieder herausziehen. Dazu müssen alle an einem Strang ziehen. Und es werden sicher auch schmerzhafte Entscheidungen nötig werden. Doch so funktioniert ehrliche Politik. Wenn die Lage ernst ist, muss diese auch ernsthaft benannt und damit umgegangen werden. Das ist die Politik den Erfurterinnen und Erfurtern schuldig.

Michael Panse
Stellvertretender Kreisvorsitzender
Finanzausschussvorsitzender im Stadtrat

THEMA IM STADTRAT

Videoüberwachung weiterhin Thema

Die Videoüberwachung ist für die CDU bereits seit langem ein Thema. Stadträtin Kristina Vogel unterstützt den Ordnungsdezernenten Andreas Horn in seinem Vorschlag zu einer verstärkten Präsenz von Ordnungskräften und zur möglichen Videoüberwachung an kriminogenen Orten.

„Am Anger kehrt keine Ruhe ein. Das zeigt, dass sich Stadt und Land dem Thema ernsthaft stellen muss", betont Vogel. In anderen Ländern und Städten funktioniert es bereits. Die Videoüberwachung würde Polizei und Ordnungskräfte sinnvoll ergänzen. Sowohl subjektive, als auch objektive Gründe sprächen dafür.

„Es soll nicht die Bevölkerung überwacht, sondern die Strafverfolgung unterstützt werden. Eine effektive Strafverfolgung ist mit Kameras teils überhaupt erst möglich", unterstreicht Vogel.

Strandfeeling Mitten in Erfurt

das ist ein Wunsch der JU und der CDU-Fraktion. Viele Städte, die wie Erfurt an einem Fluss gelegen sind, verfügen bereits über eine solche Verweilmöglichkeit direkt am Wasser. Auch in Erfurt gab es zeitweise an der Krämerbrücke einen künstlich aufgeschütteten Strand. Das soll jetzt wieder so werden. „Erfurt braucht einen Stadtstrand. Wir wollen mit einem solchen Angebot besonders junge Menschen ansprechen, indem wir den fernen Strand direkt in die Stadt holen."

Gemeinsam mit der CDU-Stadtratsfraktion wird die JU daher einen Aktion im Juli starten und die Fraktion einen Antrag im Stadtrat einbringen. Der „Stadtstrand Erfurt" soll laut Vorschlag an der Gera oder am Flutgraben entstehen. Der Stadt sollen keine Kosten entstehen. Lediglich die nötige Fläche soll zum Verkauf oder zur Pacht einschließlich der grundhaften Infrastruktur an einen möglichen privaten Investor bereit gestellt werden. Ziel soll die Schaffung eines einfachen gastronomischen sowie eines kulturellen Angebotes sein. Gäste sollen in Liegen oder Strandkörben in Naturnähe verweilen dürfen. Sportliche Aktivitäten im Umfeld wären ebenfalls denkbar.

„Mit unserem Antrag sollen die konkreten Fragen auf den Weg gebracht werden: Verschiedene Bereiche an der Gera oder am Flutgraben, beispielsweise an der Geraaue oder im Venedig, scheinen für dieses Projekt geeignet. Interessant ist der Vorschlag auch mit Blick auf die Bundesgartenschau, wo der Bedarf kurzweiligen Aufenthalts ohnehin bestünde. Die Lage muss so gewählt sein, dass Anwohner daraus keinen Nachteil haben. Die Nähe zu Bus, Bahn und Radwegen wäre ein zusätzlicher Vorteil", unterstreicht Dominik Kordon als JU-Vorsitzender.

JU packt an - und unterstützt regionale Erzeuger

Mit zahlreichen Helfern hat die JU während Corona unter Berücksichtigung der Hygieneregeln und des Mindestabstandes auf einem lokalen Erdbeerhof fast 20.000 Erdbeerpflänzchen einsetzen.

Unsere Mitglieder hatten gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Antje Tillmann und dem Beigeordneten Andreas Horn viel Freude an der abwechslungsreichen Arbeit und konnten gute Einblicke in die Prozesse der Landwirtschaft gewinnen und viel über die tatsächliche Wertigkeit von täglichen Lebensmitteln lernen.

Die ehrenamtliche Aufwandsentschädigung, welche wir erwirtschaftet haben, wird einem regionalen Corona-Hilfsprojekt gespendet.

Für den Erhalt der Stiftung

Thüringer Schlösser und Gärten mit Sitz in Rudolstadt

Als am 08.11.2018 der Haushaltsausschuss des Bundestages den Beschluss fasste, für Thüringen und Sachsen-Anhalt ein Sonderinvestitionsprogramm, kofinanziert von beiden Ländern über 400 Mio. € Investitionskosten und dauerhaft jährlich bis zu 60 Mio. € Betriebskosten aufzulegen, war die Freude riesengroß. Immerhin bedeutet diese Summe eine Vervielfachung des derzeitigen Etats der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten für 31 der kulturhistorisch bedeutendsten Thüringer Schlösser, Burgen, Park- und Klosteranlagen, zu denen in Erfurt die Klosterkirche St. Peter und Paul auf dem Petersberg und Schloss Molsdorf zählen.

Gab es damals vereinzelte Stimmen, die von einer Zusammenlegung der beiden Stiftungen in Thüringen und Sachsen-Anhalt sprachen, so zerstreute der Thüringer Minister für Kultur, Prof. Dr. Hoff in seiner Stellungnahme am 09.11.2018 diese Bedenken. Daraufhin hofften viele, dass das Investitionsprogramm auch weiteren Objekten wie z.B. Reinhardsbrunn oder dem Schlossmuseum Arnstadt zugutekommen würde. Seitdem ist viel Wasser die Gera herabgeflossen und so standen vor kurzem zwei Grundsatzbeschlüsse zur Bundesförderung der Thüringer Schlösser und Gärten im Thüringer Landtag zur Abstimmung. Der CDU-Antrag sah eine Kooperation mit dem Bund vor. Die drei Fraktionen der Regierungskoalition stellten den Gegenantrag einer Einbringung der Thüringer Schlösserstiftung in eine neue länderübergreifende Stiftung. Dieser Gegenantrag setzte sich mit einer Stimme Mehrheit durch.

Peterskloster um 1660 - Jürgen Valdeig, Erfurt

Über den dazu vorgelegten Staatsvertrag, der beide Landesstiftungen zusammenführen soll, verhandelten die Kulturminister beider Länder über ein Jahr. Der Entwurf enthält aber wenig von der ursprünglichen Intention einer rein fachlichen Zusammenarbeit der Länder. Aus Sicht vieler Thüringer ist der Entwurf mit einer Selbstaufgabe der Landeskulturhoheit verbunden. Hauptsitz der zukünftigen Stiftung soll Halle mit vollem Personalbestand werden. Rudolstadt soll nur noch ein Verwaltungsstandort unter mehreren werden. Nach der Gründung einer gemeinsamen Schlösserstiftung könnten neue Objekte nur noch im Einvernehmen zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen eingebracht werden.

Die Thüringer Schlösserstiftung soll zum Jahresende aufgelöst und in die neue Stiftung überführt werden. Nicht mehr viel Zeit für eine Nachbesserung für die Thüringer Interessen. Deshalb wurde von Thüringer Bürgern und der CDU-Saalfeld-Rudolstadt eine Petition gestartet, mit dem Ziel den Staatsvertragsentwurf zu überarbeiten und die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten mit Sitz in Rudolstadt zu erhalten. Die Mitzeichnungsfrist endet am: 20.07.2020.

Zu guter Letzt. Es geht auch um die Erhaltung der Marke „Thüringer Schlösser", die unter einem Label „Mitteldeutsche Schlösser" erheblich an ihrer Identität verlieren würde. Man stelle sich nur einmal vor, die bekannte „Thüringer Bratwurst" solle nach politischem Willen zu einer „Mitteldeutschen Bratwurst" werden.

Hier geht es zur Petition:
https://petitionen.thueringer-landtag.de/petitions/1847

NEUSTAAT

Durchaus lesenswert: NEUSTAAT

Im aktuell erschienenen Sammelband „NEUSTAAT – Politik und Staat müssen sich ändern" setzen sich neben den Hauptautoren Thomas Heilmann und Nadine Schön 27 weitere Abgeordnete aus der Bundestagsfraktion der CDU/CSU-Fraktion sowie 35 Verwaltungsexperten mit den aktuellen Problemen und Anforderungen an einen modernen Staat auseinander. Von den Co-Autoren dürften in Thüringen zumindest Paul Ziemiak, Peter Tauber, Tankred Schipanski und Hermann Gröhe bekannt sein.

Entgegen der leichthin geäußerten Kritik, Politik und Verwaltung würde eigene Probleme nicht erkennen, zeigt dieses Werk in verschiedenen Kapiteln Lösungsvorschläge auf die Frage, in welchen Bereichen der Staat Veränderungen in seiner Struktur braucht. Häufig ist in solchen Publikationen die Rede von „hätte", „könnte" und „sollte". Anders hier: Ausgehend von den fünf Megatrends Digitalisierung, Internationale Konkurrenz, Klimawandel und Wandel der Gesellschaft sowie dem brandaktuellen Thema Pandemievorsorge werden über 100 konkrete Vorschläge für die zukünftigen Aufgaben des „lernenden Staats" formuliert.

Ein echter Mehrwert für den Leser sind dabei auch die Praxisbeispiele mit aktuellen Statistiken und kurzen Erklärungen von Begriffen, wie z.B. KI, Interoperabilität, Blockchain, New Green Deal oder Smart Grid. Auch gibt es zu jedem Kapitel weiterführende Leseempfehlungen.

Es geht aber nicht nur um Digitalisierung oder ein neu gedachtes Digitalisierungsministerium. Altbekannte Problembereiche wie unser Rentensystem, ein verlässlicher Geldstandard oder die Einführung der Doppik in der Verwaltung werden neu durchleuchtet und auch im internationalen Vergleich auf den Prüfstand gestellt. Interessant ist auch die Analyse der Gründerszene und ihr Rückstand in Europa, Veränderungen in der Arbeitswelt und die Zukunft unseres Bildungssystems.

Treffend schreibt Ralph Brinkhaus in seinem Vorwort zum Buch: „Es vermittelt einen guten Eindruck, wie ein selbstbewusster und selbstbestimmter „Neustaat" aussehen könnte."

NEUSTAAT - Politik und Staat müssen sich ändern.
Thomas Heilmann & Nadin Schön (Hrsg.)
Juni 2020, 320 Seiten
FinanzBuch Verlag, München
24,99€

Bild: FBV-Verlag

TERMINE

Thüringer Sommerferien	20.07.2020 -29.08.2020
Kreisparteitag	05.09.2020
Landesparteitag	19.09.2020
World Cleanup Day	19.09.2020
Wanderung für Neumitglieder	September 2020
Tag der Deutschen Einheit	03.10.2020
Wahlkreisnominierung WK193 (Bundestag)	28.11.2020

VORANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlungen (Kreisparteitag) am Samstag - 05.09.2020

1) Mitgliederversammlung Vorbereitung Landesparteitag

2) Vertreterwahl zur Wahlkreisnominierung BT-Wahl 21

3) Vertreterwahl zur Aufstellung der Landesliste BT-Wahl 21

Die Einladungen erfolgen fristgerecht, mind. 10 Tage vorher.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.
Dr. Wolfgang Weisskopf

Herausgeber
CDU Kreisverband Erfurt
Wenigemarkt 17
99084 Erfurt

Telefon
0361 644 2644

Internet
www.cdu-erfurt.de

E-Mail
kurier@cdu-erfurt.de

Bilder
Soweit nicht anders angegeben:
CDU Erfurt

Auflage
500 Stück

Redaktion
Daniel Beck, Prof. Dr. Regina Polster

Design, Layout & Satz
Andreas Zamboni, Daniel Beck

Datenschutz: https://www.cdu-erfurt.de/datenschutz